



Niederschrift

52. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Juli 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

Punkt 17 der Tagesordnung: Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe `97 - Dreizehnter Sachstandsbericht 2023

Vorlage: 2023/0626

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Sozialausschuss - den dreizehnten Sachstandsbericht 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

Der Vorsitzende setzt um 17:27 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss am 12. Juli 2023:

Eine kurze Einführung durch den zuständigen Dezernenten, Herrn Dr. Lenz.

Bürgermeister Lenz: Ich glaube, wir waren heute schon ein paar Mal zu Recht dankbar, aber Sie verstehen, dass wir an der Stelle besonders dankbar sind, denn eine Stadt zu sein, die schon über ein Vierteljahrhundert die strengste Form von Armut bekämpft, und das ist eben, wenn auch noch die Wohnung verlorenght oder droht, verlorenzugehen, das ist nicht nur aller Ehren wert, sondern was wir uns alle nie hätten vorstellen können, dass wir in einer sich immer mehr anspannenden Situation mit vereinten Kräften im wahrsten Sinne des Wortes es hinbekommen, dass die Zahlen relativ stagnieren seit vielen Jahren. Klar haben wir das Ziel, die Wohnungslosigkeit zu senken. Aber sind wir ehrlich, wäre es normal gelaufen, und ich komme gleich zu dem Normalen oder dem Nichtnormalen, da hätte man natürlich doppelt so hohe Zahlen. Doppelt so hohe Zahlen sind nicht nur sozial, lassen Sie mich es einfach emotional sagen, schlimm, sondern finanziell erheblich, aber eben keine Lösung, denn die Übergangswohnung, die Obdachlosenunterkunft ist nicht die Lösung, sondern die Wohnung.

Deswegen geht zuvorderst mein Dank und die soziale Welt möge mir es nachsehen, an die über 100 - das ist eine unglaubliche Zahl - Eigentümerinnen und Eigentümer, die uns bislang und auch zukünftig sicherlich leerstehenden Wohnraum zur Verfügung stellen. Sie alle wissen in dieser Wohnungsbaukrise, was es bedeutet, leerstehenden Wohnraum wieder dem Wohnungsmarkt für vergleichbar kleines Geld und dann noch zu diesem sozialen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Die soziale Arbeit, ohne die geht es nicht, und das zeigt unser Bericht. Wenn Sie allein das Impressum sehen, 30 Autorinnen/Autoren, nicht weil die gerne Schriftstellerin/Schriftsteller sind, sondern es ist immer das Commitment für die nächsten zwei Jahre. Deswegen halte ich diese Art der Sachstandsberichterstattung für so wichtig und auch für so fundamental, dass wir in diesem Feld gemeinsam so aktiv bleiben. Die soziale Arbeit habe ich genannt, die privaten Eigentümerinnen und Eigentümer.

Dann komme ich zu uns als Verwaltung. Den Schlüssel, den sehen Sie auf Seite 23, ist unsere Fachstelle. Fachstelle heißt im Grunde Steuerung der ganzen Thematik soziale Wohnraumversorgung, soziale Wohnungspolitik, von der Prävention bis zur Begleitung in die Wohnung. Ohne die geht es nicht, aber die betreibt relativ wenig, sondern vergibt auf der einen Seite dem sozialen Träger und dem Netzwerk, aber auf der anderen Seite den Privaten. Genau das wird die Architektur/die Mechanik sein, die Deutschland braucht. Jetzt kommt ein selbstbewusster Anteil unserer Arbeit hier in Karlsruhe, denn die Bundesregierung hat sich auf die Fahnen geschrieben: 2030 keine Wohnungslosen mehr. Drei Mal dürfen Sie raten, welche zwei Karlsruher Elemente dort die tragende Rolle spielen werden. Auf der einen Seite die Steuerung durch eine Fachstelle - es wird in Städten nicht funktionieren, auf unser Niveau zu kommen ohne Fachstelle -, und auf der anderen Seite die Arbeit von Steffen Schäfer und seinem Wohnraumakquise-Team, nämlich gleichzeitig den Wohnraum so zu akquirieren, wie wir dies tun.

Insofern ein ganz großes Dankeschön allen, der Berichterstatteerin Regina Heibroock und dem Sozialplanungsteam, aber vor allem Ihnen, der Politik, dass Sie auch weiterhin nach so vielen Jahren hinter dieser Arbeit stehen. In diesem Sinne bitte ich um zustimmende Kenntnisnahme.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Der 13. Sachstandsbericht, begonnen wurde die Wohnungslöshilfe schon 97, das ist eine lange Zeit. Wohnen ist weiterhin und immer mehr das dringendste soziale Thema in Karlsruhe. Allerdings sind wir durch die Wohnraumakquise hier gut aufgestellt. Im Unterschied zu vielen anderen Städten sieht man in Karlsruhe kaum obdachlose Menschen. Um es beispielhaft zu beschreiben, worum es hier eigentlich geht, im letzten Jahr hätten Familien mit insgesamt 111 Kindern, also vier Schulklassen so ungefähr, die Dramatik der Wohnungslosigkeit erlebt und im letzten Jahr wären es 120 Kinder gewesen mit ihren Familien, wenn es bei Kündigung nicht die Prävention gegeben hätte.

Für wichtig halten wir GRÜNE die neuen drei Initiativen der SJB in folgenden Bereichen. Erstens, um die Rechte der Mieterinnen und Mieter zu stärken, wurde entsprechend unseres Antrags in den letzten Jahren eine Kooperation von Fachstelle Wohnungssicherung mit dem Karlsruher Mieterverein vertraglich festgehalten. Dabei geht es zum Beispiel um zu hohe Nebenkosten.

Zweitens, dann wurde eine AG Energie weiter ausgebaut kontinuierlich und natürlich jetzt im Augenblick besonders wichtig bei den hohen Energiepreisen. Es wurde ein Flyer erstellt, der dann auch breit verteilt wurde, beim Jobcenter und an die Wohnungslosen, wo es um Angebote zur Übernahme von Heiz- und Stromkosten geht.

Und drittens, auch im Bereich der Lebensmittelversorgung war die Verwaltung aktiv, und es gelang ihr, die Angebote besser zu vernetzen, auch mit privaten Initiativen, wie zum Beispiel am Kühlen Krug, um Lebensmittel, die nicht verteilt worden sind, dann doch noch zu verteilen. Also tolle Sache, alle drei weiter ausgebauten Angebote oder neuen Angebote.

Für zentral halten wir die psychiatrische Versorgung von Wohnungslosen im Anker, die jetzt seit zwei Jahren ungefähr stattfindet und wirklich erfolgreich ist, weil sich rausgestellt hat, dass viele chronisch krank sind und durch die kontinuierliche Behandlung alle 14 Tage dann auch inzwischen zum großen Teil Medikamente einnehmen. Und da ist ganz klar, der Bedarf ist da, dass es auch bei anderen Wohnungslosen-Einrichtungen diese Versorgung geben müsste. Wir unterstützen auf jeden Fall das, was die Verwaltung dazu gesagt hat.

Den Bericht Wohnungslosenhilfe haben wir in der GRÜNE Sozialabteilung voll Bewunderung gelesen. Man muss einfach sagen, dass Karlsruhe in der Armutsbekämpfung in diesem extremen Bereich eine Vorreiterrolle hat. Dies ist auch ein Zeichen für eine gute Zusammenarbeit zwischen der SJB und damit auch der Fachstelle Wohnungslosenhilfe und den vielen kreativen und engagierten Trägern.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Auch wir nehmen den 13. Bericht der Wohnungslosenhilfe mit großer Zustimmung zur Kenntnis. Die Wohnungslosenhilfe in Karlsruhe ist vorbildlich. Wir haben es schon gehört und sagen es und stellen es auch in den vergangenen Jahren immer wieder fest, dass hier viel proaktiv getan wird, um Menschen ein Obdach in einem geschützten Raum zu ermöglichen. Denn in sicheren vier Wänden zu wohnen, das ist die Grundlage eines menschenwürdigen Daseins. Das muss man einfach so sehen. Hier ist es nicht nur die Verwaltung, der unser Dank gilt, die immer am Ball bleibt und der es trotz Krisenjahren, also Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Energiepreiskrise, die immer zur Teuerung auch von Wohnraum führen, gelungen ist, die Zahlen der obdachlosen Menschen oder wohnungslosen Menschen noch zu senken.

Unser Dank gilt ausdrücklich auch allen Beteiligten, die Wohnraum ermöglichen und zur Verfügung stellen, also unserer Volkswohnung als städtische Gesellschaft, aber auch den vielen Karlsruher Vermieterinnen und Vermietern, die günstigeren Wohnraum, also nicht profitorientiert, sondern wirklich günstigeren Wohnraum zur Verfügung stellen, damit Menschen ein Obdach haben. Dafür danken wir.

Stadträtin Melchien (SPD): Aus Sicht der SPD-Fraktion zeigt dieser 13. Sachstandsbericht insbesondere, dass wir als Stadt, und damit meine ich alle in dem Feld Tätigen, Verwaltung, allen voran natürlich die Fachstelle, Träger, Privatengagierte und die Politik, sich mit Erreichtem nicht zufriedengeben, das umfassende Karlsruher Hilfesystem nicht etwa als Anlass nehmen, uns gegenseitig zu attestieren, wie vorbildlich die Stadt agiert, sondern dass wir genau hinschauen, um entscheiden zu können, wie wir in einer Arbeit für wohnungslose Menschen in unserer Stadt weiter vorangehen wollen und müssen.

Für uns zeigt dieser Bericht, dass wir in den kommenden zwei Jahren neben weiteren Feldern insbesondere die Herausforderung der Versorgung wohnungsloser, älterer und pflegebedürftiger Menschen zum Thema machen müssen. Gut, älter werden ist keine Selbstverständlichkeit und schon gar nicht für Menschen ohne festen Wohnsitz. Erste gute und dringend notwendige Angebote konnten mithilfe engagierter Träger, wie SOZPÄDAL und der AWO, bereits auf den Weg gebracht werden. Wir sehen allerdings auch, dass die unterschiedlichen Unterstützungsbedarfe älterer wohnungsloser Personen steigen. Es ist eine Herausforderung der sozialen Stadt, für die verschiedenen Bedürfnisse nach Pflege und Unterstützung im Alter, auch für diese Personengruppe entsprechende Angebotsformen voranzubringen und somit in dem Bereich ein die Bedarfe deckendes Hilfesystem zu entwickeln.

Nicht nur in diesem Zusammenhang wird die Problematik von fehlenden Fachkräften uns sicherlich stärker beschäftigen. Leider reicht meine Zeit nicht mehr für ein Loblied auf die Wohnraumakquise durch Kooperation, auch wenn ein solches der Arbeit in diesem Bereich und vor allem dem weiteren Ausbau im Berichtszeitraum angemessen wäre. Es ist richtig und wichtig, dass wir über dieses herausragende Instrument häufiger zu sprechen kommen. Ebenso darf die Volkswohnung in ihrer Leistung in der Ermöglichung von günstigem Wohnraum nicht unerwähnt bleiben. Als SPD stehen wir hinter unserem kommunalen Wohnungsunternehmen.

Eingang in den Bericht fand auch die von uns initiierte Hilfe für die Tafeln und die daraus von Bürgermeister Lenz initiierte Vernetzung der Essensversorgung. Auch wenn ich jetzt nicht auf alle Bereiche, die uns gleichwohl wichtig sind, eingehen konnte, so möchte ich zum Abschluss volle Unterstützung der SPD-Gemeinderatsfraktion signalisieren, verbunden mit unserem Dank an alle, die sich für die Ärmsten in unserer Stadt tagtäglich engagieren. Ohne das in diesem Bericht dargelegte Tätigsein, dürften wir mit Sicherheit nicht so mit Stolz von der sozialen Stadt Karlsruhe sprechen. Worüber wir heute hier beraten, ist nur dank vereinter Kräfte möglich. Das ist uns in der Kommunalpolitik Tägigen bewusst. Trotzdem ist es wichtig, dies nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern es heute und hier auch auszusprechen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Der Gemeinderat hat vor 26 Jahren die Verwaltung beauftragt, alle zwei Jahre ihren Sachstandsbericht zu erstellen. Ich muss sagen, ich hätte damals nicht geglaubt, dass sie das so konsequent durchhält und durchzieht. Wir haben es jetzt schon gehört, und ich denke, wir werden es weiter hören, wie wichtig dieser Bericht ist für den Gemeinderat. Ich selber bin gespannt auf die nächsten drei Berichte.

Ich möchte zwei Dinge ansprechen heute. Das ist einmal, dass ich das beeindruckend finde, dass aus dem Dezernat 3, namentlich, und ich nenne ihn jetzt auch, der Herr Bürgermeister Lenz, es geschafft hat, mit dem Besitzer der ehemaligen Paracelsus-Klinik einen Vertrag, einen Deal, wie man heutzutage sagt, auszuhandeln, der ungefähr 100 Wohneinheiten den unterschiedlichsten Mieterinnen und Mietern zur Verfügung stellen kann. Also ich denke, das ist eine Sache, wo man seinesgleichen suchen muss in vergleichbaren großen Städten, und in kleineren wahrscheinlich ist es gar nicht möglich.

Ein zweiter Punkt noch. Vor einem Jahr, als der Angriffskrieg begann gegen die Ukraine, haben sehr viele Karlsruher Bürgerinnen und Bürger spontan ihre Wohnungen zur Verfügung gestellt, um den Geflüchteten eine vorläufige Unterkunft zur Verfügung zu stellen.

Aber es war klar, nach drei, vier Monaten oder nach einem halben Jahr musste anderer Wohnraum gefunden werden, weil die Bürgerinnen und Bürger das natürlich auf Dauer so nicht leisten konnten. Und da habe ich wirklich sehr gute Erfahrungen gemacht mit der Wohnraumakquise. Ich denke, alle, die damit beschäftigt waren, nicht nur ich, wie die Wohnraumakquise sich gekümmert hat, dass immer dann, wenn sie Räumlichkeiten zur Verfügung hatten, Wohnungen zur Verfügung hatten, das den Wohnungsinhabern und Mieterinnen und Mietern, die Geflüchtete aufgenommen haben, vermittelt wurde. So, glaube ich, haben wir heute ein sehr gutes Miteinander. Das Problem haben wir mehr oder weniger jetzt auch zur Zufriedenheit aller gelöst. Auch wenn es natürlich im Detail immer wieder Dinge gibt, wo es knirscht, aber im Großen und Ganzen war das eine hervorragende Leistung der Wohnraumakquise.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich reise ganz viel in der Welt und in viele Städte. Nicht nur in Kriegsgebieten sieht man richtig viele Wohnungslose. Dann denke ich immer zurück, als ich Kind war, das war eine falsche naive Romantik rund um die Obdachlosen, die Wohnungslosen, das war so wie Freiheit. Aber das ist um Gottes Willen keine Freiheit. Das ist die tiefste Armut und die niedrigste Situation, in der man sein kann. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir hier in Karlsruhe das im Griff haben und auch, dass diese vielen Eigentümer Wohnungen bereitstellen, das sind diese Fachstellen und so weiter. Herr Lenz sagt immer, das geht eigentlich ganz gut hier. Das glaube ich auch.

Aber wenn Kollegin Anlauf sagt, wir sehen wenige Obdachlose hier, dann kann ich empfehlen, dass man dort, wo ich wohne, im City-Park, ein paar Mal hinkommt. Dort haben wir leider im City-Park eine Handvoll, die permanent dort Obdachlose sind, und ich denke immer, dass es furchtbar sein muss. Ich hoffe, dass Herr Lenz Recht hat, und dann kann ich sein Lob an die Verwaltung teilen. Wir sollten wirklich diese wohnungslose Armut bekämpfen mit allen Mitteln, denn das ist die niedrigste Situation, in der man sich befinden kann. Das ist wirklich rund um in der Welt leider sehr verbreitet. Die in meiner Kindheit falsche naive Romantik, dass Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit, etwas mit Freiheit zu tun hat, das ist total blöd.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Hohe Preise, ob für Strom, für Heizung oder auch für Lebensmittel, zu hohe Mieten und natürlich auch ein immer knapper werdendes Angebot günstiger Wohnungen, die die Zahl derjenigen, die darauf angewiesen sind, bei Weitem unterschreitet. Das Gesamtkonzept für Wohnungslosenhilfe und die Tätigkeit der Träger*innen und des Hilfesystems in diesem Bereich ist also nötiger denn je. Sowohl was die Arbeit der Fachstelle angeht, das Engagement zur Verhinderung von Räumungen, die Wohnraumakquise, die überhaupt erst vielen Menschen wieder eine Wohnung ermöglicht hat, als auch der Zugang zu medizinischer Versorgung, die umfassende Beratung und auch die Tagestreffpunkte für eine Tagesstruktur, viel haben meine Vorredner*innen schon genannt, und auch, dass unser Hilfesystem immer wieder wandelnde Bedarfe in den Blick nimmt und darauf reagiert. Was auch sehr wichtig ist, es wurde angesprochen, die wachsende Pflegebedürftigkeit. Das ist etwas, von dem ich hoffe, auch wenn wir jetzt viel über Sparen reden, dass in Zukunft, wenn sich Dinge verändern, wenn Bedarfe sich entwickeln, hier weiterhin nachgesteuert und solches auch in Anspruch genommen wird.

Ich kann mich an dieser Stelle Herrn Cramer anschließen. Das ist wirklich beeindruckend, was auch in der Unterbringung der Menschen aus der Ukraine, die vor dem wirklich barbarischen Angriffskrieg hier Schutz suchen, geleistet wurde. Und ich hoffe sehr, dass man das

auch als Optimismus für die Zukunft sehen kann, dass diese große Bereitschaft, Wohnungen zur Verfügung zu stellen, nicht ein einmaliges Ereignis ist, sondern auch anhält.

Nichtsdestotrotz, ein Hilfesystem und die Arbeit ist wahnsinnig wichtig, aber noch viel wichtiger ist es natürlich an anderer Stelle, dass die Menschen gar nicht darauf angewiesen sind, dass sie es gar nicht brauchen, dass wir auch im Bereich Stadtentwicklung, und dazu kann man gleich in einem Tagesordnungspunkt später etwas dazu sagen, auch günstigen Wohnraum erhalten, damit Leute nicht auf Hilfsangebote angewiesen sind.

Was Sie auch noch in der Vorlage schreiben, ist, dass viele Menschen zunehmend Schwierigkeiten kriegen, sich Mietschulden anhäufen, weil Mieten nicht mehr aus Einkommen oder auch aus den Transferleistungen für Wohnungen bestritten werden können, dass man auch hier vielleicht in dem Bereich einen Blick darauf wirft, ob diese Zahlungen, die geleistet werden, ausreichend sind. Denn sicher ist, die Menschen, die zu viel zahlen, machen das nicht freiwillig, sondern müssen das, weil sie einfach nichts anderes finden.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Die Frage ist, was tun wir mit so einem Bericht? Wir können jetzt anfangen und sagen, wir sind Spitze in Deutschland. Sind wir auch, wenn man überlegt, wie viel Wohnungen denn tatsächlich akquiriert worden, das ist sensationell. Wir könnten die Topleistung aus diesem Bericht hervorheben.

Zweitens könnte man auch sagen, wenn man die ganzen Maßnahmen anguckt, das ist unglaublich, welche Breite und welche Tiefe von Maßnahmen die Stadt Karlsruhe für diese Menschen bereitstellt. Das ist für mich sehr beeindruckend.

Drittens, glaube ich aber - und das ist das Entscheidende, das ist mir aufgefallen -, dass die Leute, die in dem Bereich aktiv sind, ein Herz haben für die Menschen. Sie machen das nicht einfach nur strukturell, sie machen nicht einfach tolle Strukturen und geben Gelder rein und sind irgendwelche Leute angestellt, sondern da ist Herz dahinter. Da ist ein Herzblut, was dahinter ist und das über Jahre, über Jahrzehnte schon. Deswegen glaube ich, ist die Arbeit auch erfolgreich. Da kommt Struktur zusammen, da kommt Herz zusammen, und da passt es zusammen. Das ist, glaube ich, das Geheimnis. Deswegen sage ich Danke an dieser Stelle für diese tolle Arbeit.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Damit haben Sie, glaube ich, das umfassend gewürdigt. Es ist eine Informationsvorlage, deswegen ist kein Beschluss nötig. Und mit dieser Rücken- und Unterstützung kann dann das Dezernat weiter hier voranschreiten.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
31. Juli 2023